

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Schutzwille des Reichs für den deutschen Osten

Bolschewistische Fortschritte von Ungarn auf Galizien? — Preußens Bahnhaußhalt. — Bayern den Bayern.

Ostpreußens Erklärung.

Die ostdeutsche Bewegung gegen die polnische Gefahr ist nicht ohne Wirkung geblieben. Wenngleich die beschlussnahmen Friedensverhandlungen, zu denen jetzt der Vielverband geneigt sein soll, hauptsächlich veranlaßt werden mögen durch den ungarischen kommunistischen Schatten, der aus den Pariser Gründen sich erhebt, so wird doch daneben auch der entschlossene Willen, der sich bei uns befindet, eine Abspaltung deutscher Gebiete vom Reich schaßgebildig hinzunehmen, Eindruck auf die Gegner gewacht haben. Ein Teil von ihnen wittert Morgenlust und will nicht länger über das möglichste Nach hinaus mit unerfüllbaren Forderungen herumgejagt. Auch hat die deutsche Reichsleitung sich zu kräftigen Belehrungsformeln gegen die mählosen feindlichen Ansprüche aufgerichtet. Minister Erzberger ist rücksichtslos geworden und hat nach Tirschan gedroht, die Reichsregierung werde unter keinen Umständen Westpreußen von Deutschland los trennen lassen. Graf Bernstorff hielt in einer Erklärung gegenüber italienischen Zeitungsleuten an der Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen fest und an Wilhelms Satz vom polnischen Selbstrecht auf „unzweckhaften“ polnischen Gebiete. Gerade darum jedoch, weil die polnischen begehrten westpreußischen Landstriche mitsamt Danzig über jeden Zweifel erhaben unzulässig sind, darf dieser Teil des Großvölkerprogramms überhaupt nicht in Frage kommen. Dasselbe einwandfrei und unantastbar. Deutschland gilt ebenso sehr und selbstverständlich für ganz Ostpreußen.

Nicht nachlassen in der Abwehr! Dann bannen wir das drohende Unheil noch in leichter Stunde.

Die östpreußische Entschließung, die am Sonntag, 30. März, überall bei uns einmütig zur Annahme gelangen wird, lautet folgendermaßen:

„Die Entente beansprucht, den Polen das zu 97 Prozent deutsche Danzig und einen 100 Kilometer breiten Streifen beiderseits der Weichsel von Thorn bis Danzig zu überlassen. Dies bedeutet wiederum große Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Volks, das vom Präsidenten Wilson als Grundbedingung für den Frieden erkläre worden war. Eindeutig jedoch liegt vor der Entente dieses Selbstbestimmungsrecht der Welt als Kriegsziel verkündet worden. Allein im Vertragen an dieses Recht hat das deutsche Volk sich zum Frieden bereit erklärt. Durch die Abtrennung des deutschen Danzigs und der Weichselufer oder auch nur durch die Schaffung einer polnischen Etappenstraße würde Ostpreußen vom Deutschen Reich abgeschnitten und dem russischen Bolschewismus in die Arme getrieben. Das erste Stück der alten zivilisierten Welt würde damit den russischen bolschewistischen Horden zum Opfer fallen.“

Dieser Riesenerfolg Lenins und Trockis, der den Untergang unserer Heimat bedeutet, würde dem Gedanken der bolschewistischen Weltrevolution in erhöhter Weise vorwärts holen und damit alle zivilisierten Staaten der Erde in den Grundfesten ihrer Kultur erschüttern.

Ostpreußen fordert daher im eigenen und allgemeinen Interesse aller Kulturstädte der Erde, daß Danzig und das Weichselufer bei Deutschland bleiben.“

Keine Lostrennung Westpreußens.

Düsseldorf, 26. März. (Privattelegramm.) Der Vorsitzende des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins hat auf sein Protokollegramm gegen die Polengefahr umgehend aus Berlin folgende Antwort erhalten:

Die Reichsregierung wird unter keinen Umständen eine Lostrennung Westpreußens vom Reiche zu lassen.

Erzberger.

Der polnische Pufferstaat ein gefährlicher Fehler.

WTB. Rotterdam, 26. März. Der Pariser Berichterstatter des „Döhl Express“, der sonst ein energischer Gegner der 14 Punkte Wilhelms ist, weist auf die Gefahren hin, die die Alliierten laufen, wenn sie Deutschland einen guten Vorwand für seinen Widerstand schaffen, indem sie an ihrer Politik bezüglich Danzigs festhalten. Die entschlossene Haltung der deutschen Regierung in einer Frage, für die das französische, britische und amerikanische Volk als ganzes wahrscheinlich keine Verständigung empfinden würden, werde die Stellung der deutschen Regierung sowohl in Deutschland als auch im Ausland festigen, besonders, wenn zu der Weigerung die doppelte Drohung der Bundesgenossenschaft mit den polnischen Rußländern und der Möglichkeit eines Chaos in Deutschland selbst komme. Der Versuch, künstlich ein starkes Polen als Pufferstaat aufzurichten, werde sich als ein gefährlicher Fehler erweisen, vor allem weil volkswirtschaftliche Gründe dafür vorhanden seien, daß die bolschewistischen Einflüsse unter den Polen selbst sehr groß seien. Die einzige Rettung liege nur in einer Beendigung des Friedens.

Um den Brückenkopf vor Mitau.

WTB. Armee-Hauptquartier Ost, 26. März. Bericht über die Lage am 25. März 1919: Eigene Erfundungsabteilungen stiegen bis Poniewitz und Poßwol vor. Die bei Mesothen-Salgallen über die Alia übergegangenen feindlichen Kräfte wurden über den Fluß zurückgezogen.

Feindlicher Angriff gegen den Brückenkopf vor Mitau wurde abgewiesen.

Die Gegend von Tukum ist von bolschewistischen Banden gesäubert.

Armeeoberkommando Nord.

Bolschewistische Unruhen in Galizien.

WTB. Wien, 25. März. Das „Korr.-Büro“ erhielt von der russischen Sowjetregierung in Moskau einen Faßdruck, wonach Galizien in revolutionärer Bewegung ist. Der Aufstand brach zuerst im Petroleumgebiet von Drohobisch, wo ein Sowjet gebildet wurde, aus. Die Bewegung breite sich auf die von polnischen Truppen besetzten Gebiete aus. In Lemberg erklärte der insgeheim gebildete Sowjet den Generalstreik. Im Bezirk von Stanislau schlossen sich die vom Kabinett Kolowrat abgestoßenen Truppen den Aufständischen an und verbündeten Kolowrat. Nach einem anderen Faßdruck trat die ukrainischen roten Truppen im Gebiete von Schmeringla mit den Aufständischen in Mohilew, Podolsk und dem nördlichen Bezirken in Verbündet. Nach Melbungen aus Rostow weigerten sich zwei Kosakenregimenter, gegen die Bolschewisten zu kämpfen.

Der Vielverband und Ungarn.

nn. Berlin, 26. März. Über die Vorgänge in Ungarn läßt sich zur Stunde, da der telephonische Verkehr mit Budapest unterbrochen ist, Genaueres noch nicht sagen. Es scheint, daß die Bewegung in Wirklichkeit mehr national als bolschewistisch ist. Trotzdem ist der Ernst nicht zu übersehen. Auch nicht in Paris. Der „Tempo“ schreibt, daß die Entente nach den Geschehnissen in Ungarn gezwungen sei, möglichst bald einen durchführbaren Frieden herzustellen zu müssen. Diese Erkenntnis — so heißt es — kommt reichlich später. Auch „Echo de Paris“ schreibt, daß es jetzt gelte, das russische Problem anders als mit bloßen Worten zu lösen. Der Anfang dazu sei die Lösung des deutschen Problems.

Mit welchem Ernst die Lage von der Entente betrachtet wird, geht auch schon daraus her vor, daß einer „Roter“ Meldung zufolge, die Großmächte in Paris beschlossen haben, alle Kräfte einzupassen, um den Friedensvertrag innerhalb einer Woche bereit zu haben.

Wie „Corriere della Sera“ meint, sei es sehr verdächtig, daß auch Graf Brockdorff-Kanitz soeben Kantsky zu seinem entstandene habe. Immerhin hätten Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando sofort energische Mittel ergriffen, um den drohenden bolschewistischen Gefahr Herr zu werden. Nach dem „Tempo“ rauschen die Ereignisse in Ungarn die Lage Deutschlands erheblich verbessern.

In Wien herrscht zur Stunde vollkommene Ruhe.

WTB. Rotterdam, 26. März. Die „Times“ schreibt zu den Ereignissen in Ungarn, daß man es anscheinend mit einer abgekarteten Sache zwischen den ungarischen Regierung und den Kommunisten zu tun habe, und vergleicht die Auszehrung der Sowjetrepublik in Ungarn mit einem Bankrott, der mit betrügerischer Vorauszahlung hand in Hand gehe. Wenn weiter nichts gelänge, würde dies eine Aufforderung an Deutschland sein, diesem Vorbiß nachzuweinen und dann würde die Pariser Konferenz ein Debattierstück werden, der keine Autorität besitzt. Es sei klar, daß energisch vorgegangen werden müsse. Ungarn habe dadurch, daß es eine Sowjetregierung ernannt habe, den Assoziierten einen Dienst erwiesen, in dem es sie auf eine Gefahr außerhalb gemacht habe, die die Körte bislang übersehen habe. Nachdem die Politik der Pragmatiker konzentriert sei, müsse man eine andere Politik an ihre Stelle setzen. Es bleibe nichts anderes übrig, als die neuen Nationen, die die Assoziierten zu errichten beabschlossen, zu stützen. Der Bolschewismus beginne sich zum Imperialismus zu entwickeln, der für sie selbst genug so gefährlich sei, wie der frühere Kaiser und seine Trabanten. Man werde eisernen müssen, daß, wenn Preußen jemals wieder als Bedrohung für die Freiheit der Welt sein Haupt erhebe, es ein deutsches Haupt auf den Schultern der russischen Bauern sein werde.

Ein gegenrevolutionärer Graf Karolyi verhaftet.

WTB. Budapest, 25. März. Graf Karolyi, einer der hervorragendsten Persönlichkeiten unter den gegenrevolutionären Magnaten, wurde heute verhaftet. (Nicht der bisherige Präsident, Dr. Schröder.)

WTB. Budapest, 25. März. Der Volkskommissar für Justiz unterstellt die gestellten Strafen einer den Grundsätzen der Diktatur des Proletariats entsprechenden Durchsicht. Alle jene, deren weitere Gefangenhaltung nach diesen Gesichtspunkten nicht begründet erscheint, sollen in Freiheit gestellt werden.

Breslau von den Italienern besetzt?

nn. Berlin, 26. März. Über die Besetzung Breslaus durch die Italiener konnte bisher, wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden, noch nichts Bestimmtes in Erfahrung gebracht werden, doch sei mit ziemlicher Gewissheit anzunehmen, daß es dabei nicht um einen Konflikt handelt, sondern daß diese Besetzung entweder auf Wunsch der Tschecho-Slowaken oder zum mindesten im Einvernehmen mit ihnen erfolgt sei.

Die Verteilung der amerikanischen Lebensmittel.

Berlin, 26. März. Über die Verteilung der ausländischen Lebensmittel erfährt der „Vorwärts“, daß die einzuhaltenden Mengen zunächst nur zur Aufrechterhaltung unserer bisherigen Lebensmittelrationen dienen. Eine Abgabe von Waren an den freien Handel aus diesen Lieferungen wird nicht stattfinden, da die Lebensmittel gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden sollen. In erster Linie werden die Industriezentren und Großstädte belieft, da in ihnen die Not am größten ist. Ob die in Aussicht stehenden Mengen so groß sein werden, daß sie einen Zuschuß über die jetzige Ration gestatten, hängt vom Umtausch der Zulieferer ab. Jedenfalls hofft man auch, daß die Getreidelieferungen eine Verbesserung des Brotes gestalten werden.

WTB. London, 26. März. „Reuter“. Das erste Schiff der deutschen Handelsflotte, die Großbritannien zugewiesen ist, ist auf der Reede von Leith eingetroffen.

Schleunige Friedensverhandlungen.

Berlin, 25. März.

Graf Bernstorff teilte in der heutigen Besprechung in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen mit, die feindlichen Regierungen hätten erfuhr, eine Kommission von sechs deutschen Finanzfachverständigen nach Paris zu senden, eine Demarche, die als Beginn der Friedensverhandlungen anzusehen sei.

Am 24. März nachmittags fand eine Erörterung der Fragen bezüglich eines technisch-politischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrag in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes statt.

WTB. Berlin, 25. März. Die deutsche Regierung ernannte die Mitglieder der nach Versailles zu entsenden Finanzkommission sofort und berief dieselben Donnerstag nach Weimar, um ihnen die nötigen Institutionen zu erklären, so daß die Finanzkommission bereits Sonntag in Versailles eintreffen kann.

Berlin, 26. März. Die Finanzkommission, deren sofortige Reise nach Versailles beschlossen ist, wird aus fünf namhaften Vertretern der Bank- und Industriewelt bestehen. Es werden ihr, wie die Blätter berichten, angehört: Die Hamburger Bankiers Dr. Melchior, Max Warburg, Direktor Ulrich von der Direktion der Diskont-Gesellschaft in Berlin und der Großen Industrie-Metropole, einer der Inhaber der Frankfurter Metallgesellschaft. Außerdem werden der Vertreter der Reichsbank und zwei Mitglieder der Kommission zwei Vertreter der Reichsbank und zwei Mitglieder der Finanzstiftungs-Kommission beigegeben. Für heute sind die Mitglieder der Kommission nach Weimar berufen, wo sie die nötigen Institutionen empfangen.

Bernstorff über Deutschlands Grenzen.

B. D. Rotterdam, 26. März. Wie englische Blätter aus Rom erfahren, hatte Graf Bernstorff eine Unterredung mit verschiedenen italienischen Pressevertretern. Er sagte: Die deutsche Regierung stehe nach wie vor dem Boden der vierzehn Punkte Wilsons. Man sei bereit, das Frankenreich 1871 zugefügte Neapel wieder gut zu machen. Aber seiner Ansicht nach würde das nicht gelingen, wenn Elsaß-Lothringen einfach von Frankreich annexiert würde. Deutschland werde auf einer Volksabstimmung in diesem Gebiete bestehen. Auch sei man bereit, den Polen alles Land abzutreten, das von einer unzweckhaften polnischen Bevölkerung bewohnt sei. Auch über die Frage eines Freihafens könnte man sich einigen, aber Danzig könnte nicht in Frage. Diese Stadt würde Deutschland niemals abtreten. (D. A. 3.)

Wiederholung der Verteilung der Amerikanischen Lebensmittel.

WTB. Wien, 26. März. Ein Vertreter der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Mitglied des auf der Reise nach Deutschland befindlichen englischen Friedensdelegierten Frederic Bright, er ihm erklärte, Deutschland solle durch seine Verpflichtungen für den Wiederaufbau Belgien und Nordfrankreichs nicht wirtschaftlich und finanziell angreifbar gerichtet werden. Es sei keineswegs der Wunsch Englands, noch daß Begehrungen der englischen Finanz- und Industriekreise, Deutschland jede zulässige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit zu nehmen. Eine übermäßige Kriegskontribution würde England nicht unbedingt erlaubt sein, ebenso wenig Leistung in Gold. England besteht darauf, daß die Verteilungen Deutschlands in Belgien und Nordfrankreich in offenem Wettbewerb mit der englischen Industrie erfolgten, wodurch einerseits die definitive Verteilung erleichtert, andererseits die Industrie der Alliierten nicht geschädigt werde.

Bayerischer Partikularismus.

München, 25. März. Eine Veröffentlichung der bayerischen Volkspartei (Br.) ruft das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutz seiner Freiheit, seiner geschichtlichen Freiheit und Selbständigkeit, seiner geschichtlichen Freiheit und Würde. Wir wollen, heißt es in dem Aufruf, den Zusammenschluß der deutschen Städte auf föderaler Grundlage. Der Forderung aber, daß die deutschen Einzelstaaten zu Provinzen des Reiches herabgebracht werden und eine einheitliche Republik geschaffen werden soll, werden wir darüber Widerstand entgegensetzen. Wir beantragen unverzüglich die Einberufung des Landtages, damit er eingreifen kann in Bayerns Schicksalsstunde. Bayern den Bayern!

B. D. München, 26. März. In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtag auswärts für auswärtige Angelegenheiten wurde einstimmig ein für Bayern und das Reich bestimmter Beschluß gefasst, in dem es zum Schluß heißt:

Ungeachtet der durchbaren Not des deutschen Volkes erachtet es der bayerische Landtag als eine erste Gefahr für den Bestand des Reiches, wenn durch grundlegende Veränderung des bisherigen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten Zwischenrägerie in das deutsche Volk getragen und durch Preußen die Arbeit wertvoller Teile des gesamten Volkes an dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches gehindert wird. Durch eine Gewaltmaßnahme, die das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme außeracht läßt, wird keine Einigkeit erzielt. Nur ein Reich, das auf dem ausgesprochenen Willen seiner Gliedstaaten beruht, wird sich aus der Tiefe der Erneuerung der Generation wieder zu einer besseren Zukunft emporarbeiten können. Der bayerische Landtag beauftragt deshalb die bayerische Regierung, die Rechte des bayerischen Volkes im Sinne dieser Einigung mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung und der Nationalversammlung zu vertreten.

WTB. Dresden, 25. März. Der sächsische Ministerpräsident hat an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, worin es u. a. heißt: Vom dortigen Zentralrat erhielten wir die Aufforderung zu Bevölkerungen zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierungsfrage. Wir glauben, daß im Staaten zusammenschluß die rechte Stelle ist, um der sich die Regierungsveterre der Einzelstaaten auch über die Sozialisierungsfrage ansprechen und gegebenenfalls Einwirkung auf die Reichsleitung ausüben können. Hiermit soll jedoch nicht erklärt sein, daß wir es durchaus ablehnen sollten, mit Vertretern des Zentralrates, sofern dieser nicht in Widerspruch zur bayerischen Regierung handelt, besonders, aber unverbindliche Besprechungen abzuhalten. Als maßgebend und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.

Ostpreußen! Rüstet zur deutschen Volkskundgebung am Sonntag! Haltet fest am Reich!